

Die Mitarbeiterin einer NGO bemerkte spontan: „Wenn wir als NGO so ein Papier Geldgebern als Antrag vorlegen, würden sie es wohl ablehnen.“

► **Zum Autor:** Sven Hansen ist Asienredakteur der tageszeitung (taz) in Berlin.

► **Hinweis:** Eine Dokumentation des Regionalkonzepts Südasiien des Auswärtigen Amtes (Auszüge) veröffentlichen wir in den „Gelben Seiten“ dieser Ausgabe.

Anmerkungen:

(1) **Südostasiien:** <http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/asien/suedostasiien.pdf>

Ostasiien: <http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/asien/ostasiien.pdf>

Dokumentation:

Das Südasiienkonzept des Auswärtigen Amtes in Auszügen

Zusammengestellt von Sven Hansen

Indien ist mit ca. 1 Mrd. Einwohnern der zweitgrößte Staat der Erde und die größte Demokratie der Welt, säkular verfasst, mehrheitlich hinduistisch und gleichzeitig der Staat mit der weltweit zweitgrößten muslimischen Bevölkerung (150 Mio.), mit der größten ethnischen, linguistischen und religiösen Vielfalt sowie mit extremen sozialen Unterschieden. Im Nordwesten (Kaschmir) und im Nordosten (insbesondere Assam) muss es sich bewaffneter Sezessionsversuche erwehren.

Südasiien: <http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/asien/suedasiien.pdf>

Bereits im März hatte die Bundesregierung ein sogenanntes Zentralasiienkonzept verabschiedet. Es war mit seinen zwei Seiten vom Umfang und Inhalt her sehr dürftig und wurde beim Asientag gar nicht erst verteilt (<http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/asien/zentralasiien.pdf>)

(2) **Presse und Informationsamt der Bundesregierung:** Asien-Konzept der Bundesregierung, Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, Bonn, 20.10.1993.

(3) **Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi):** Wirtschaftsstrategie Asien-Pazifik, Berlin, Oktober 2001.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Asienkonzept 2002. Erfolge des Asienkonzepts 1995 und Herausforderungen für die kommenden Jahre.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ): Konzept für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit den Ländern Asiens, Berlin, 3.9.2001. Das BMZ hatte bereits im Juli 1993 ein erstes entwicklungspolitisches Asienkonzept vorgelegt.

(4) **Wolfgang S. Heinz:** Menschenrechte in der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik, epd-Dokumentation Nr. 5/2002, S. 21 ff.

(5) **Ebda.** S. 31 ff.

Nach Jahrzehnten verhaltener Entwicklung scheint Indien nun eine weitere asiatische Großmacht zu werden, nicht wegen seiner Nuklearwaffen oder großen Bevölkerung, sondern wegen der allmählich sichtbaren Ergebnisse des vor Jahren eingeleiteten wirtschaftlichen Reform- und Öffnungsprozesses...

Staaten mit internen Konflikten zwischen Autokratie, Bürgerkrieg und Anarchie sollten in Indien das Gegenmodell sehen: eine multi-ethnische, multi-religiö-

se, selbst unter dem Druck von Armut und Elend überwiegend tolerante Demokratie. Doch auch das Bild Indiens zeigt Risse, derer es Herr werden muß: die Intoleranz hindu-nationalistischer Strömungen, die zum Teil gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Tausenden von Todesopfern (zuletzt Gujarat 2002) zur Folge haben, Brutalität der Sicherheitskräfte im Kampf mit den Aufständischen des Kaschmirtals, auch andernorts Misshandlung von Häftlingen. Zudem können

unzählige Menschen sich nicht aus eigener Kraft aus Unwissenheit und Elend befreien, also ihre verfassungsverbürgten Menschen- und Bürgerrechte nicht wirklich in Anspruch nehmen. Wir setzen zur weiteren Festigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Indien auf den politischen Dialog, die Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit und die Arbeit unserer politischen Stiftungen...

Auf der Grundlage eines breiten Verständnisses von Sicherheit führen Deutschland und Indien einen strategischen Dialog, der auch Sicherheits- und Militärpolitik umfasst. Ziel deutscher Politik ist der Aufbau kooperativer Sicherheitsstrukturen in Südasiens. Aber auch hier gilt, dass Lösungen letztlich von den Beteiligten selbst gefunden werden müssen. Immerhin, unser Handeln kann bei ihrem politischen Denken ansetzen, zur allmählichen Abkehr von vorwiegend konfrontativen Mustern beitragen. Es geht um die Vermittlung unserer europäischen Erfahrung: gewaltsame Konfliktauflösung ist kein Null-Summen-Spiel, sondern fügt beiden Seiten Schaden zu, während bei friedlicher Konfliktlösung alle gewinnen können. Im Verhältnis Indien-Pakistan hat der Gipfel von Agra (Mitte Juli 2001, von Indien initiiert) erneut den Weg gewiesen, in dieser Richtung voranzugehen, auch wenn dort noch keine gemeinsame Schlussklärung zustande kam.

Die Bundesregierung wird deshalb durch ihre Gesprächskanäle dazu beitragen, die Beteiligten zur Zurückhaltung zu ermutigen, zur Aufgabe starrer Positionen, zu substanziellen und konstruktiven Verhandlungen, zur Einsicht, dass Kompromisse, auch wenn sie Zugeständnisse erfordern, den eigenen Interessen entgegen kommen können, sowie zur Verabschiedung vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen. Wo internationale Vermittlung möglich ist, bietet die Bundesregierung ihre Dienste an, vorzugsweise im Rahmen der EU und, wo von der Problemlage angezeigt, auch die Erfahrungen der OSZE.

Flankierend werden wir Parlamentarierkontakte sowie geeignete Aktivitäten auf Nichtregierungsebene unterstützen und dafür auch weiterhin unsere Mittel zur Förderung von Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung einsetzen. Die Bundesregierung wird sich

bemühen, dabei noch enger mit den politischen Stiftungen zusammen zu arbeiten. Sie wird prüfen, wo und wie sie Anreize für Friedenslösungen schaffen kann, etwa durch konkrete Angebote auf vermehrte wirtschaftliche Zusammenarbeit. Der umgekehrte Versuch, durch Sanktionen Wohlverhalten zu erzielen, verfehlt, so die Erfahrung, oft seinen Zweck...

Beim Ausbau unserer Beziehungen zu Südasiens hat Indien Priorität. Deshalb verabschiedeten Außenminister Fischer und sein indischer Amtskollege Singh im Mai 2000 eine „Agenda für die deutsch-indische Partnerschaft im 21. Jahrhundert“. Sie enthält programmatische Aussagen für alle Bereiche unserer Beziehungen (regelmäßiger Dialog auf hoher politischer Ebene, umfassender Maßnahmenkatalog insbesondere zu den Bereichen Sicherheitspolitik/Abrüstungsfragen, Wirtschaft, Wissenschaft/Forschung/Technologie).

Die Bundesregierung begrüßt und fördert ferner die Kontakte im Rahmen der Deutsch-Indischen Parlamentariergruppe, desgleichen die Zusammenarbeit auf der Nichtregierungsebene. Hier steht in der von ihr unterstützten, aber regierungsunabhängigen „Deutsch-indischen Beratungsgruppe“ (Persönlichkeiten aus verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens), die jährlich tagt, ein wertvolles, bewährtes Instrument zur Verfügung.

Wir setzen uns aktiv für den Ausbau der Beziehungen Indien-EU ein. Das erste Gipfeltreffen hat 2000 mehrere Initiativen zur besseren Nutzung des Handels- und Investitionspotenzials, zum Aufbau eines Netzwerks indischer und europäischer *Think-Tanks* und zur Förderung des Dialogs der Zivilgesellschaften (*EU-India Round Table*) eingeleitet. Die Bundesregierung wird die Verwirklichung dieser Initiativen unterstützend begleiten...

Das indische Außenhandelspotenzial ist bei weitem nicht ausgeschöpft. Indien liegt als Abnehmer deutscher Ausfuhren auf Rang 40; lediglich 0,32 Prozent der deutschen Auslandsinvestitionen gehen nach Indien. Allerdings kommen die marktwirtschaftlichen Reformen dort auch nur schleppend voran. Mehr unternehmerische Gestaltungsfreiheit der indischen Wirtschaft gehört daher zu den Schwerpunkten der deutschen Außenwirtschaftspolitik Indiens gegenüber. Sie muss:

- Indien auffordern, die verbliebenen Handels- und Investitionshemmnisse abzubauen und die seit 1991 laufenden Wirtschaftsreformen und die Privatisierung konsequent fortzusetzen sowie dabei unsere Expertise bei der Privatisierung zur Verfügung stellen;

- sich bemühen, auch auf deutscher Seite administrative Hemmnisse für vermehrten Austausch, insbesondere bei der Visa-Erteilung, abzubauen;

- sich für besseren Marktzugang indischer Produkte in der EU einsetzen;

- die deutsche Wirtschaft ermutigen, ihre Chancen in Indien immer wieder neu zu prüfen, und Beteiligung deutscher Firmen an Messen in Indien ermutigen und unterstützen;

- in der gemeinsamen Kommission für industrielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit den Austausch insbesondere in den Bereichen Informationstechnologie, Biotechnologie, Telekommunikation, Umwelttechnologien, Maschinenbau, Chemie und Pharma sowie bei hochwertigen Dienstleistungen vorantreiben;

- potenzielle Investoren ermutigen, vorhandene Institutionen zu nutzen (unsere Auslandsvertretungen und Handelskammern, die Bundesstelle für Außenhandelsinformation oder das *Indo-German Export Promotion Project*);

- zu intensiviertem Austausch von Wirtschaftsdelegationen beitragen sowie die Wirtschaftsinstitutionen und Verbände ermuntern, ihren Dialog zu verstärken; durch Öffentlichkeitsarbeit der Vertretungen für das IT-Sofortprogramm der Bundesregierung (*Green Card*) werben.

Die internationale Zusammenarbeit in den eminenten globalen Fragen wie dem Klimaschutz muss sich der aktiven Kooperation Indiens, der Heimat eines Sechstels der Weltbevölkerung, versichern. Auch der Energieverbrauch und damit die Klimabelastung Indiens wird mittelfristig zu einem weltweiten Umweltproblem werden, das ohne internationale Kooperation kaum lösbar sein wird. Bei der umweltpolitischen Zusammenarbeit im engeren

Sinne hat das im Jahre 1998 zwischen Deutschland und Indien geschlossene „Memorandum of Understanding im Umweltbereich“ wegweisende Bedeutung.

Indien ist ein Schwerpunktland unserer Entwicklungszusammenarbeit. Die Bundesregierung hat die früher breite, in Folge der indischen Nukleartests im Bereich von FZ-Neuzusagen vorübergehend suspendierte und reduzierte Entwicklungszusammenarbeit, schrittweise wieder normalisiert und plant, sie regional und sektoriell zu konzentrieren. Sie wird neue Kooperation in folgenden Bereichen anbieten:

- Gesundheit, Familienplanung, HIV/AIDS,
- Umweltpolitik, Schutz und nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen,
- Sicherung der Wasserversorgung;
- Wirtschaftsreform und Aufbau der Marktwirtschaft, Ausbildung und Umwelt.

Unbeschadet dieser Konzentration wird die Bundesregierung die Förderung bereits in Angriff genommener oder verbindlich zugesagter Projekte fortsetzen. Ebenso wie mit Indien ist die Entwicklungszusammenarbeit mit Pakistan im Jahre 2000 wieder aufgenommen worden.

Unsere Beziehungen zu Indien haben in den Kultur- und den Geisteswissenschaften ihre älteste Tradition. Deutsche Indologen haben sich bei der Erforschung und Bewahrung des indischen Kulturerbes große Verdienste erworben. Indien vergisst das nicht.

Die sechs Kulturinstitute von Goethe-Institut Inter Nationes in Indien bemühen sich in Ergänzung dieses traditionellen Deutschlandbildes vor allem um die Darstellung Deutschlands als einer innovativen, modernen Kulturnation.

Deutsche Hochschulen und Forschungsinstitute sind in Indien hoch angesehen, bei der tatsächlichen Auswahl des Studien- und Forschungsorts aber großer Konkurrenz aus englischsprachigen Ländern ausgesetzt. Wir setzen, um in diesem Wettbewerb besser zu bestehen, auf:

- die weitere beschleunigte Internationalisierung unserer Universitäten;

- den verstärkten Einsatz des Förderinstrumentariums;

- bedarfsgerecht konzipierte Austauschprogramme für Wissenschaftler und Studierende;

- den Ausbau des Netzes von Hochschulpartnerschaften;

- die Einbeziehung der Privatwirtschaft für zusätzliche Stipendienfonds.

Die seit mehr als 25 Jahren praktizierte deutsch-indische Kooperation in Wissenschaft und Technologie hat in den letzten Jahren einen bemerkenswerten Aufschwung genommen. Ausgehend von einer deutsch-indischen Technologiewoche (1999 in Indien) wurde eine Initiative zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit gestartet. Sie wird auf mehreren Ebenen verwirklicht. Dabei ist das Bundesministerium für Bildung und Forschung nur einer von vielen Akteuren, denn die meisten deutschen Wirtschaftsorganisationen haben eigene Kooperationsvereinbarungen mit Partnerorganisationen in Indien.

Der Standard der indischen Wissenschaftler ist hoch: Die Zahl der von der Alexander von Humboldt-Stiftung in den letzten Jahren geförderten Wissenschaftler Indiens wird nur von den Stipendiaten der USA und Japans übertroffen. Die oben genannte Initiative zielt unter der Federführung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes auch auf verstärkte Werbung für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland: Bereits 1999/2000 haben mehrere Präsentationen deutscher Fachhochschulen und Universitäten in Indien für das Studium oder eine Weiterqualifikation in Deutschland gewonnen. Hierzu wird auch der geplante Bau eines deutschen Studentenheims in Chennai (Madras) beigetragen.

Pakistan hat ca. 135 Mio. Einwohner, ist als säkularisierter muslimischer Staat verfasst, zeigt seit Mitte der achtziger Jahre bis in die jüngste Vergangenheit jedoch zunehmende Tendenzen zur Islamisierung. U.a. infolge von Misswirtschaft und Erosion der administrativen Strukturen misslang die Verwurzelung der Demokratie. Gewählte Regierungen wurden mehrfach, zuletzt 1999, von Militärre-

gimes abgelöst; Präsident Musharraf hat im August 2001 einen „Fahrplan zur Demokratie“ vorgelegt. Trotz vielfacher historischer, kultureller und sprachlicher Gemeinsamkeiten mit Indien ist Pakistan seit der Gründung von erbitterter Rivalität zum größeren Nachbarn geprägt. Um Kaschmir ist es wiederholt zu kriegerischen Auseinandersetzungen gekommen. Auch Pakistan hat sich zur Nuklearmacht erklärt...

In Pakistan vermochte die Demokratie bisher keine festen Wurzeln zu schlagen. Deutschland unterstützt deshalb den 2001 von Präsident Musharraf verkündeten „Fahrplan zur Demokratie“, der zu Parlamentswahlen noch 2002 führen soll. Korrupte Regierungspraktiken und fehlende Entwicklungsorientierung der Verwaltung haben die Demokratie bei vielen Bürgern des Landes diskreditiert. Mehr als die halbe Zeit seit seiner Gründung hatte Pakistan Militärregime. Auch sie konnten den Anspruch effizienten Regierens nicht einlösen. Die Musharraf-Regierung (seit Oktober 1999) hat sich wirtschaftlichen Reformen, dem Zurückdrängen sektiererischer Gewalt und der Einrichtung demokratisch legitimierter Strukturen verpflichtet (lokale Räte, Parlamentswahlen im Oktober 2002). Gleichzeitig hat die militärische Führung ihre Machtposition abgesichert (Einsetzung Musharrafs als Präsident, seine Bestätigung im Amt durch Referendum, starke Stellung des Nationalen Sicherheitsrats). Es ist der gegenwärtigen Regierung aber zugute zu halten, dass sie gravierende menschenrechtliche Defizite, insbesondere im Bereich der Strafverfolgung, erkannt hat und Initiativen zur Menschenrechtserziehung unterstützt. Zugleich droht der nach wie vor gegenwärtige Einfluss der Radikalreligiösen, die gefährdeten Rechte religiöser Minderheiten und der Frauen weiter einzuschränken. Schwerpunkte des deutsch-pakistanischen Dialogs bleiben daher - die Menschenrechtsprogramme und die demokratischen Bildungsinitiativen unserer politischen Stiftungen; - die Kontakte zu pakistanischem Militär und Sicherheitsbehörden zur Sensibilisierung für Fragen der Menschenrechte und Demokratie; - die aktive Begleitung bei der Rückkehr zur Demokratie in Pakistan.

Unsere Beziehungen zu Pakistan haben nach dem 11. September 2001 eine Neu-

bewertung erfahren, die Wahrnehmung der Islamischen Republik wurde intensiviert, um die neuen Stabilisierungschancen zu nutzen. Innenpolitische Fehlentwicklungen in der Vergangenheit (wiederholtes Versagen der Demokratie, Militärregime) ebenso wie Unbesonnenheit in der Außenpolitik (Atomtests 1998 als Antwort auf indische Atomtests, Kargil-Aktion 1999, Unterstützung der Taliban in Afghanistan) hatten Schatten auf das traditionell gute deutsch-pakistanische Verhältnis geworfen. Jetzt geht es darum, beharrliche Überzeugungsarbeit zu leisten, damit sich in der Außen- und Sicherheitspolitik Pakistans nüchterne Interesseneinschätzung und kooperative Orientierung dauerhaft durchsetzen und Tendenzen zur militärisch-religiösen Fixierung weiter zurückgedrängt werden können. Das bedeutet im Inneren auch entschlossenes Vorgehen gegen sektiererische Gewalt und die Stärkung ziviler Strukturen. Zu diesem Zweck wollen wir die Kontakte zur Zivilgesellschaft ausbauen. Ein weiterer Aspekt unserer Politik ist es, die im Rahmen der militärischen Ausbildungshilfe in Jahrzehnten gewachsenen Beziehungen zu maßgeblichen (auch gemäßigten) militärischen Kräften weiter zu nutzen und aufrecht zu erhalten.

Pakistan ist für ausländische Direktinvestitionen und als Handelspartner noch wenig attraktiv. Die Regierung hat aber im Zusammenwirken mit internationalen Finanzinstitutionen ein ambitioniertes wirtschaftliches Reformprogramm eingeleitet, das jedoch bislang für die einfache Bevölkerung keine sichtbare Wirkung entfaltet hat. Politische Unwägbarkeiten (religiöse Gewalt) verdunkeln das Bild des Wirtschaftsstandortes. Doch auf dem pakistanischen Markt gibt es durchaus Chancen für die deutsche Wirtschaft, insbesondere bei der Telekommunikationsinfrastruktur, bei Informationstechnologie und Anlagenbau. Diese Märkte bedürfen aktiver und engagierter Pflege.

Die pakistanische Regierung hat angekündigt, dem indischen Beispiel folgend, vermehrt in Ausbildung und Infrastruktur im IT-Bereich zu investieren. Die Risiken des pakistanischen Marktes erfordern die enge Koordination aller privaten und staatlichen Akteure in einem frühen Stadium, um unternehmerischen Erfolg auf dem zweitgrößten Markt in Südasiens

zu erzielen. Zum Ausbau der wirtschaftlichen Verbindungen ist von der deutschen Wirtschaft ein Arbeitskreis Pakistan gegründet worden...

Das [Umwelt-] Problembewusstsein ist in Pakistan noch schwach ausgeprägt. Dabei leidet das Land wie Indien bereits unter massiven Umweltproblemen, in erster Linie verursacht durch die Verstädterung (Karachi, Lahore), die Entwaldung und die Ausbreitung von Steppen- und Wüstengebieten. Die entwicklungspolitische Förderung von Umweltvorhaben war nicht immer erfolgreich. Wir müssen gegenüber Pakistan weiterhin in besonderem Maße Überzeugungsarbeit für seine Mitverantwortung bei den globalen Umwelt-Herausforderungen leisten.

...Auch Pakistan ist Schwerpunktland der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Neben der Verbesserung der Infrastruktur im Gesundheitsbereich im nördlichen Teil des Landes unterstützen wir Grundbildungsprojekte und Vorhaben im Bereich Erneuerbare Energien. Die Bundesregierung will sich darüberhinaus in der Demokratieförderung stärker engagieren.

Schwerpunkte unserer kulturpolitischen Aktivitäten in Pakistan sind vor allem die Förderung des wissenschaftlichen Austausches zwischen deutschen und pakistanischen Universitäten, sowie die Programm- und Spracharbeit des Goethe-Institutes in Karachi und der Kulturgesellschaften in Lahore und Islamabad. Das Interesse pakistanischer Wissenschaftler und Studierender an deutschen Studienprogrammen ist ungebrochen. Die Gründung eines Alumni-Forums (1999) ermöglicht eine noch engere Vernetzung pakistanischer mit deutschen Wissenschaftlern. Die angekündigte Konzentration pakistanischer Universitäten auf den IT-Sektor könnte neue Kooperationsmöglichkeiten eröffnen.

Bangladesch ist mit 128 Mio. Einwohnern der Staat mit der höchsten Bevölkerungsdichte und eines der ärmsten Länder der Welt. Seine Demokratie ist noch nicht gefestigt. Die konfrontative Innenpolitik entlädt sich immer wieder in gewalttätiger Lahmlegung des öffentlichen Lebens.

In Bangladesch gilt es, die Kräfte zu unterstützen, die einen Weg von der ge-

walttätigen konfrontativen Art innenpolitischer Auseinandersetzung hin zu sachbezogener, konstruktiver politischer Arbeit suchen. Die Einwirkungsversuche auf diplomatischer Ebene bedürfen der engagierten Flankierung durch örtliche und deutsche Nichtregierungsorganisationen.

... Die bereits absehbaren Klimaveränderungen können in den überbevölkerten Niederungen Bangladeschs und Ost-Indiens unkontrollierbare Flüchtlingsströme und damit verbundene Sicherheitsrisiken auslösen.

Afghanistan - mit ca. 23 Mio. Einwohnern (und 3,5 Mio. als Flüchtlinge noch in den Nachbarstaaten Iran und Pakistan lebend) - ist historisch die Brücke zwischen Zentral- und Südasiens. Seit der sowjetischen Invasion 1979 und dem folgenden Bürgerkrieg waren die staatlichen Strukturen allmählich verfallen. Die fanatischreligiösen Taliban hatten bis zum Beginn des Eingreifens der Anti-Terror-Allianz im Oktober 2001 bis zu 95 Prozent des Landes unter bewaffneter Kontrolle, der Rest Nordafghanistans wurde von der meist tadschikischstämmigen Nordallianz beherrscht. Die Taliban ließen auch elementarste Menschenrechte nicht gelten und boten islamischen Terroristen Unterschlupf und Ausbildung. Afghanistan hat nach seiner Befreiung von den Taliban im Verlauf des Kampfes der internationalen Anti-Terrorismus-Allianz gegen das Terrornetzwerk *Al Qaida* die Chance des staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbaus erhalten. Nicht nur als Gastgeber der Petersberg-Verhandlungen im November/Dezember 2001 hat sich Deutschland hierfür in besonderer Weise engagiert. Die afghanische Interimsregierung versucht, wieder staatliche Institutionen in dem von Bürgerkrieg und interethnischen Auseinandersetzungen zerrissenen Land aufzubauen.

In Afghanistan waren unter den Taliban alle rechtsstaatlichen Strukturen zusammengebrochen und das Ausmaß der Verletzung der Menschenrechte – insbesondere der Frauen – erschreckend. Unsere Aufgabe ist es jetzt, demokratische und rechtsstaatliche Strukturen mit Geduld und Augenmaß von Grund auf wieder herzustellen. Eine wichtige Querschnittsaufgabe bei allen Projekten mit dieser Zielsetzung ist die Verbesserung der Lage der

Frauen und Mädchen. Deutschland hat im Bereich von Projekten der Grundbildung und Gesundheit besonderen Wert auf Beteiligung von Frauen und Mädchen gelegt (Beraterinnen im Frauenministerium, PC-Ausstattung im Frauenministerium, Einrichtung und Rehabilitierung von Mädchenschulen, Durchführung von Frauentagsveranstaltungen und Gender-bezogenen Seminaren). Beim Polizeiaufbau ist es für uns ein wichtiges Ziel, rechtsstaatliche Grundsätze institutionell zu verankern; dabei arbeiten wir auch mit der VN-Hochkommissarin für Menschenrechte zusammen.

Zur Stabilisierung Afghanistans leistet Deutschland neben humanitären Hilfsmaßnahmen in herausgehobener Weise Beiträge zum Wiederaufbau der politischen, sozialen, technischen und kulturellen Infrastruktur des Landes. Das geschieht in Absprache mit den Organisationen der VN, den Internationalen Finanzinstitutionen und der EU. Ebenso wie bei den Verhandlungen auf dem Petersberg wird Deutschland auch weiterhin den politischen Stabilisierungsprozess mit Nachdruck unterstützen, wobei mit Einberufung der Großen *Loya Jirga* (traditionelle Ratsversammlung) im Juni, der Bestimmung einer neuen Übergangsregierung und der Vorbereitung von Wahlen weitere entscheidende Etappen anstehen. Da Sicherheit eine Grundvoraussetzung der weiteren Entwicklung Afghanistans ist, beteiligt sich Deutschland an ISAF (*International Security Assistance Force*), hat die Führung der internationalen Koordinierung im Bereich Aufbau der Polizei übernommen und leistet selbst umfangreiche Hilfe bei Ausbildung und Ausrüstung der Polizei.

Für Afghanistan hat die Bundesregierung 2002 im Rahmen des Stabilitätspakts 80 Mio. € zur Verfügung gestellt, die zum großen Teil in die entwicklungspolitische Zusammenarbeit fließen. Für die nächsten zwei Jahre sind bereits entsprechende Anstrengungen zugesagt. GTZ, KfW und DED haben in Kabul ein *German Development Cooperation Office* eingerichtet. Die ersten Projekte in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Infrastruktur sind bereits angelaufen. Das BMZ hat Afghanistan zum Schwerpunktland seiner Entwicklungshilfe erklärt.

Mit Afghanistan läuft ein Austausch erst

wieder an. Die alte Universitätspartnerschaft zwischen der Kabuler Alma Mater und den Universitäten Bonn, Köln, Bochum sowie dem Südasiensinstitut Heidelberg ist wiederbelebt worden. Zudem werden durch das Auswärtige Amt finanzierte Aktivitäten zur Rettung und Bewahrung afghanischen Kulturguts durchgeführt. Auch das Goethe-Institut in Kabul wird wiedereröffnet. In der von Deutschland seit 1924 geförderten Amani-Oberrealschule wird wieder unterrichtet, ihre volle Rehabilitierung ist angelaufen.

Sri Lanka (ca. 18,6 Mio. Einwohner) ist gemessen am BSP pro Kopf (820 US-Dollar) das relativ wohlhabendste Land des Subkontinents und demokratisch verfasst. Seit mehr als 15 Jahren jedoch hemmt der blutige ethnisch-religiöse Konflikt mit der tamilischen Sezessionsbewegung LTTE (*Liberation Tigers of Tamil Eelam*) seine weitere Entwicklung und gefährdet den Zusammenhalt des Landes...

Den Friedensprozess und die Beendigung des gewaltsamen Konflikts in Sri Lanka können wir durch humanitäre und entwicklungsfördernde Maßnahmen (*relief rehabilitation*) für solche Gruppen fördern, die zu Selbsthilfe und Zusammenarbeit bereit sind oder bewegt werden können. Wir sprechen die Verletzungen der Menschenrechte im Bürgerkrieg deutlich an und fordern den Schutz dieser Rechte.

In Sri Lanka glimmt gegenwärtig ein schwacher Hoffnungsfunkel für eine friedliche Lösung des langjährigen blutigen Bürgerkriegs. Zusammen mit den EU-Partnern bemühen wir uns, im diesem Konflikt die norwegischen Vermittlungsanstrengungen zu fördern, auch wenn sie immer wieder Rückschläge erleiden.

Auch die Menschen in Sri Lanka sind dringend auf unsere Hilfe angewiesen. Wir helfen der Zivilbevölkerung, die unter den Auswirkungen des gewaltsamen Konflikts leidet, gerade in den vom Bürgerkrieg betroffenen Gebieten in Norden und Osten. Wir beteiligen uns an der Entwicklung anderer Teile des Landes (vor allem: Stärkung der Privatwirtschaft, berufliche Qualifizierung, Entwicklung des Finanzwesens, Energieversorgung und Reform des Grundbildungswesens). Wir wollen erreichen, dass das Land, nach dem

Ende des Bürgerkriegs wirtschaftlich und sozial nicht in hoher Arbeitslosigkeit und einer zerstörten Infrastruktur versinkt, sondern schnell und gezielt mit unserer Unterstützung den Wiederaufbau in Angriff nimmt.

Nepal, Königreich im Himalaya, ca. 24 Mio. Einwohner, ist eines der ärmsten Länder der Erde. Es verfolgt eine ausgewogene Außenpolitik in sensibler geographischer Lage zwischen Indien und China. Derzeit nimmt die Gefährdung des inneren Friedens durch z.T. gewaltsame Zusammenstöße mit aufständischen „Maoisten“ zu.

In Nepal unterminieren nicht nur interne Streitigkeiten und Personalquerelen der Regierungspartei die innere Stabilität, sondern zuletzt verstärkt die Aufstandsbewegung der radikal-kommunistischen „Maoisten“. Außerdem behindert weit verbreitete Korruption die Konsolidierung der jungen Demokratie. Das Massaker an der Königsfamilie am 1. Juni 2001 hat die Lage weiter erschwert. Zusammen mit den EU-Partnern mahnen wir die Regierung, sich um innenpolitische Stabilität zu bemühen, nur mit rechtsstaatlichen Mitteln gegen die aufständischen „Maoisten“ vorzugehen und die in der Verfassung geschützten Menschenrechte in der Praxis zu achten. Wir wirken auf die Regierung ein, die rechtlichen Rahmenbedingungen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu verbessern und die Korruption zu bekämpfen.

Das zweite Himalaya-Königreich **Bhutan** mit ca. 640.000 und der Inselstaat **Malediven** mit ca. 245.000 Einwohnern gehören zu den kleinsten Staaten der Welt. Mit Bhutan haben wir 2000 erstmals konsularische Beziehungen aufgenommen. □